

Gemeinsame Pressekonferenz am 7. Oktober 2015
„TTIP & CETA STOPPEN! – Für einen gerechten Welthandel!“
Demonstration am 10. Oktober 2015 in Berlin

Statements des Podiums
Es gilt das gesprochene Wort

Maritta Strasser Campact

TTIP ist kein Freihandelsabkommen. Für freien Handel braucht man kein TTIP, es gibt ihn längst. TTIP ist ein Vertrag gegen die Demokratie. Mit TTIP soll eine bestimmte Art der Politik völkerrechtlich festgeschrieben und damit unveränderbar gemacht werden. Deshalb hat die Silbe „frei“ bei TTIP nichts verloren. „Unfrei“ ist zutreffender.

Die Politik, die mit TTIP festgeschrieben werden soll geht aus unserer Sicht genau in die falsche Richtung:

Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstandards sollen ausgehöhlt werden. Die in vielen Bereichen dringend nötige Verbesserung dieser Standards ist ohne das Wohlwollen des jeweils anderen Vertragspartners nicht mehr möglich.

Arbeitnehmerinteressen geraten unter verschärften Druck, weil der Verhandlungspartner USA die elementaren Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nicht anerkennt.

Öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge werden durch ein kompliziertes Geflecht von Ausnahmen und Annexen angreifbar. Klare Formulierungen zur Herausnahme dieser Bereiche wären möglich. Aber sie werden ganz bewusst vermieden. Dasselbe gilt für den Kulturbereich und öffentliche Bildungsangebote. Die EU-Kommission will deregulieren und privatisieren, aber sich nicht dabei erwischen lassen.

Mit Investorenklagen und regulatorischer Kooperation bekommen Konzerne zwei mächtige neue Instrumente in die Hand, um ihre Interessen gegen die breite Mehrheit der Bürger/innen durchzusetzen: sei es bei Gentechnik und Fracking, oder bei der Verhinderung wirksamer Maßnahmen gegen künftige Finanzkrisen.

Die Macht internationaler Konzerne ist groß genug. Mit Abkommen wie TTIP, CETA und TISA soll sie auf unsere Kosten ausgeweitet werden. Dagegen wehren wir uns.

Florian Moritz (DGB)

Die Gewerkschaften weisen seit langem darauf hin, dass wir einen ganz neuen Ansatz in der Handelspolitik brauchen. Die momentane Handelspolitik, hat im Wesentlichen freie Märkte, den Abbau von Regeln und mehr Wettbewerb im Blick. Das führt aus unserer Sicht schnell dazu, dass Ungleichheit wächst und Konkurrenzdruck auf Beschäftigte abgewälzt wird.

Wir brauchen endlich eine fortschrittliche Gestaltung der Globalisierung damit die Vorteile des Welthandels allen zugutekommen. Wir müssen international gemeinsame Regeln für den Markt schaffen, anstatt zu deregulieren. Dafür gehen wir als DGB am kommenden Samstag in Berlin auf die Straße.

Das neue Handelsabkommen mit Kanada, CETA, und auch das was bislang unter dem Namen TTIP verhandelt wird, gehen aus unserer Sicht in die falsche Richtung. Denn ein effektiver Schutz oder gar eine spürbare Verbesserung von Arbeitnehmerrechten ist nicht vorgesehen. Es gibt in CETA, wie in anderen Abkommen auch, zwar ein Kapitel, in dem ein Schutz von Arbeitnehmerrechten angesprochen wird. Aber das ist das einzige Kapitel des gesamten Abkommens, das nicht mit Sanktionen belegt ist, wenn die Regeln nicht eingehalten werden.

Ohne durchsetzbare Verbesserungen bei den Arbeitnehmerrechten, kann TTIP schnell dazu führen, dass Unternehmen kurzfristige Kostenvorteile haben, weil in ihrem Land niedrigere Schutzstandards gelten. Das wäre unfaire Wettbewerb.

Das ist insbesondere vor dem Hintergrund relevant, dass aus den USA immer wieder über die Verletzung von Gewerkschaftsrechten berichtet wird. Sie wissen auch dass es in den USA kaum Kündigungsschutz oder Urlaubsanspruch gibt. Die USA haben sogar nur zwei der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert.

Wir wollen nicht, dass durch Abkommen wie TTIP die Konkurrenz verschärft wird und später wieder behauptet wird, der „Druck der Globalisierung“ zwingt auch uns in Deutschland, Arbeitnehmerrechte abzubauen, um „die Wettbewerbsfähigkeit“ zu steigern.

Es ist klar, dass die deutschen Gewerkschaften im internationalen Handel etwas Gutes sehen. Viele Kolleginnen und Kollegen arbeiten in Deutschland in exportorientierten Branchen. Aber bei TTIP und CETA geht es gar nicht mehr um klassischen Freihandel. Die Zollschränken zwischen den USA und Europa sind bereits sehr niedrig. Allein im ersten Halbjahr 2015 wurden deutsche Waren im Wert von 56 Mrd. Euro in die USA exportiert – 24 Prozent mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres und so viel wie nie zuvor. Der Handel funktioniert gut, auch ohne TTIP. Entsprechend erwarten selbst offizielle ökonomische Prognosen von TTIP nur winzige Effekte auf das Wirtschafts- und Job-Wachstum.

Weil Zölle schon niedrig sind und Freihandel weitestgehend durchgesetzt ist, nehmen TTIP und CETA neue Regeln ins Visier, die die Unternehmen Geld kosten: Wir befürchten, dass darunter auch Regeln sind, die aus gutem Grund existieren, zum Schutz der Daseinsvorsorge oder der Umwelt etwa.

Deshalb sind unsere Forderungen auf der Demonstration am 10. Oktober klar: Wir wollen diese Handelsabkommen nicht ohne eine Stärkung und den Schutz von Arbeitnehmerrechten, wir wollen keine Gefährdung von öffentlichen Dienstleistungen und wir wollen keine Sonderrechte für Investoren.

Das sind drei Punkte bei denen wir uns im Übrigen auch mit den Gewerkschaften in Kanada und USA absolut einig sind.

Roland Süß (Attac)

Wir sind uns im Bündnis alle darüber einig, dass die Verhandlungen von TTIP und CETA in die falsche Richtung gehen. Wir haben bei Attac, vom Beginn des Protestes, nachdem wir Einblick in das Handelsmandat der EU erhielten, deutlich gesagt: Dieses Handelsmandat ist eine Agenda die eine weitere Liberalisierung und Deregulierung von Märkten und eine stärkere Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen zum Ziel hat. Die Arbeitnehmerrechte, Sozial- und Umweltstandards als Handelshemmnisse definiert und regulieren möchte.

Es ist uns durchaus bewusst, nur gemeinsam mit vielen Menschen kann es uns gelingen, die geplanten Abkommen zu stoppen und eine Wende hin zu einem gerechten Welthandel, für eine soziale und ökologische Globalisierung einzuleiten.

Die Breite des Widerstands gegen TTIP und CETA ist daher unsere Stärke

Alleine der Trägerkreis der Demonstration zum 10.10. in Berlin, wird getragen von über 30 Organisationen. Bundesweit gibt es ein vielfaches von Organisationen und lokalen Bündnissen, die diese Demonstration organisieren. Der Widerstand gegen TTIP und CETA zeichnet sich gerade dadurch aus, dass er vielfältig und breit ist. Das Bündnis unfairhandelbar das von Anfang an in Deutschland ein wichtiger Raum des Austausches und der Abstimmung war, die internationalen Strukturen und Netzwerke in Europa in den USA, Kanada und weltweit sind in dieser Form einmalig.

Auch das europaweite Bündnis von über 500 Organisationen in ganz Europa zur Organisation einer selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative, dem es gelungen ist in einem Jahr, bis zum 6. Oktober, 3 Millionen Unterschriften gegen TTIP und CETA zu sammeln, ist Ausdruck eines breiten Zivilgesellschaftlichen Protestes.

Wer diesem vielfältigen breiten Zivilgesellschaftlichen Protest eine demokratische Legitimation abspricht und damit Millionen von Bürgern in Europa verunglimpft, der macht damit nur deutlich, dass ihm die inhaltlichen Argumente ausgehen.

Ernst-Christoph Stolper (BUND)

Für die Demonstration am 10. Oktober hat sich ein Bündnis zusammengefunden, das in seiner Breite in Deutschland bisher einzigartig ist: Alle großen Umweltorganisationen, der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen Einzelgewerkschaften, der Deutsche Kulturrat als Dachverband der Kulturwirtschaft, Entwicklungsorganisationen, kirchliche Gruppen, Bürgerrechtsorganisationen und viele andere mehr rufen gemeinsam auf: „TTIP & CETA stoppen!“ und treten für einen gerechten Welthandel ein.

Was uns hierbei eint, ist die Erkenntnis, dass TTIP und CETA in die falsche Richtung gehen und wir einen grundsätzlichen Kurswechsel brauchen.

Unseren Aufruf für die Demonstration haben wir mit dem Satz begonnen: „Im Herbst 2015 tritt die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase.“ Die vergangenen Tage und Wochen haben dies bestätigt und gezeigt, dass es höchste Zeit ist, den Protest am kommenden Samstag auf die Straße zu tragen:

- Gestern ist die einjährige Sammelphase der Europäischen Bürgerinitiative „Stop TTIP“ mit einem grandiosen Erfolg zu Ende gegangen. Mit weit über 3 Mio. Unterzeichnern ist „Stop TTIP“ die größte Europäische Bürgerinitiative geworden. Dass sie selbstorganisiert durchgeführt werden musste, ist ein Armutszeugnis für die Europäische Kommission, die ihr vor einem Jahr die offizielle Anerkennung versagt hat. Die Klage hiergegen vor dem Europäischen Gerichtshof läuft noch.
- Ebenfalls gestern hat der Europäische Gerichtshof mit seiner Entscheidung, das Safe-Harbor-Abkommen für unzulässig zu erklären, das Thema Datenschutz als weiteren Konfliktpunkt mitten auf die Agenda der transatlantischen Verhandlungen platziert.
- Die Europäische Kommission hat vor drei Wochen zum Thema Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren Reformvorschläge vorgelegt. Sie sind zwar zu kurz gesprungen und lösen die grundsätzlichen Probleme nicht, sie machen aber auch deutlich, dass der Druck der Zivilgesellschaft Wirkung zeigt.
- Nicht zuletzt sinkt die Bereitschaft zu akzeptieren, dass über zentrale Fragen unseres Gemeinwesens hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, gegen Null. Die erreichten Fortschritte für Abgeordnete sind ein erster Schritt. Wir werden jedoch nicht ruhen, bevor auch die Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft umfassend informiert werden.
- Vor gut einer Woche hat die französische Regierung hier auf der gegenüberliegenden Seite des Pariser Platzes deutlich gemacht, dass sie im Zweifel bereit ist, die Reißleine in den Verhandlungen zu TTIP zu ziehen. Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat seine Zweifel deutlich gemacht, dass die U.S.-Regierung vor den Wahlen die nötige Beweglichkeit an den Tag legt. Dies sind neue Töne, die deutlich machen, dass die Zeit scheinbarer Alternativlosigkeit vorbei ist.

Aber es gibt auch noch viel zu tun: Wenn der Protest gegen TTIP und CETA durch den CDU-Bundestagsabgeordneten Pfeiffer in der Plenardebatte der letzten Woche als „Empörungsindustrie“ diffamiert wird, während wenige Tage später der BDI eine millionenschwere Werbekampagne startet, dann kann man das nur absurd nennen.

Und weiterhin möchte Bundeskanzlerin Merkel, wie sie auf dem CDU-Kongress am 21. September erklärt hat, die Verhandlungen beschleunigen mit dem Ziel, bis zum Ende des Jahres die Grundzüge von TTIP unter Dach und Fach zu bringen. Nachdem es nicht gelungen ist, die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen zu führen, soll uns nun im Eilverfahren die Katze im Sack verkauft werden. Das werden wir nicht akzeptieren. Dagegen werden wir am Samstag demonstrieren. Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen: Es braucht den Druck der Zivilgesellschaft, um die notwendige Kehrtwende zu erreichen.